



Ist der Euro noch zu retten?

Zwischen Finanzmarktkrise und Staatsbankrott

Oliver Luksic MdB

Fast zwei Jahre, nachdem die ersten Finanzierungsprobleme bei Euro-Mitgliedstaaten auftraten, haben es die Regierungen des größten zusammenhängenden Wirtschaftsraumes der Welt und der zweitwichtigsten Weltwährung nicht geschafft, die Märkte nachhaltig zu beruhigen. Kurzfristig sind die Hilfen für überschuldete Euro-Länder realpolitisch notwendig, auch wenn dies mittelfristig gravierende Risiken birgt. Für die Zukunft braucht Europa einen Stabilitätspakt, bei dem die Inhaber der Staatspapiere an den Lasten einer Staatsinsolvenz mitbeteiligt werden, wie dies auch bei einem privaten Konkurs der Fall ist. Bevor Hilfgelder fließen, müssen zuerst die Schuldnerländer alles zur Konsolidierung ihrer Finanzen tun und Altgläubiger auf einen Teil ihrer Ansprüche verzichten.

Die Euro-Frage ist von historischer Bedeutung – für Europa und für Deutschland. Deutschland braucht den Euro. Von der Verhinderung eines unfairen Abwertungswettlaufs in Europa und dem Wegfall von Transaktionskosten durch die Einführung des Euro als gemeinsame Währung hat gerade Deutschland als Exportnation sehr profitiert. Aktuell fließt wieder das Kapital, was lange in den Boomländern angelegt war, nach Deutschland. „Der Euro ist unsere Währung, und er ist doch mehr als unsere Währung“, sagte Bundeskanzlerin Merkel in Aachen bei der Verleihung des Karlspreises 2010 an den polnischen Ministerpräsidenten Tusk. „Der Euro steht für die europäische Idee.“ Scheitert der Euro, wird in der Tat auch die europäische Integration einen herben Rückschlag erleiden. Allerdings würde auch ein Euro, der nur durch eine Haftungsgemeinschaft überlebensfähig ist, zum Scheitern führen. Die ökonomischen Probleme einer Währungsunion mit einem zu großen wirtschaftlichen Gefälle sind langfristig nicht zu beheben. Vor allem aber sind die Bürger dauerhaft nicht bereit, diesen Preis für Europa zu zahlen. Wenn EU-Kommissionspräsident Barroso sagt, man müsse den Euro um jeden Preis verteidigen, lohnt es sich, dies genau zu

reflektieren. Wie hoch soll der Preis denn sein? Die eigentliche Frage ist also: Wer zahlt welchen Preis für die Rettung des Euro?

Wir haben keine Euro-Krise – sondern in erster Linie eine Staatsschuldenkrise

Zu Anfang müssen wir uns die Frage stellen: Haben wir überhaupt eine Euro-Krise? Oder müssen wir nicht vielmehr von einer Staatsschuldenkrise und einer vorangehenden Finanzmarktkrise sprechen? Beide Krisen hängen eng miteinander zusammen und beeinflussen sich gegenseitig, allerdings mit regionalen Unterschieden. Während die Staatsschuldung in Griechenland in erster Linie hausgemacht ist, konnte Irland trotz guter Wettbewerbsfähigkeit und vertretbarem Schuldenstand die immensen Kosten der Bankenkrise nicht schultern. Irische Banken waren in besonderer Weise von der amerikanischen Finanzkrise betroffen. In Portugal ist die hohe Staatsschuldung in der über Jahre erodierten Wettbewerbsfähigkeit begründet. Italien hat nach Griechenland den zweithöchsten Schuldenberg aufgetürmt, aber dort ist der Bankensektor stabil und die Privatverschuldung gering.

In Spanien ist nach dem Platzen der Immobilienblase noch nicht genug Wettbewerbsfähigkeit vorhanden, um das nötige Wachstum zu ermöglichen. Die Einführung des Euros und damit einer einheitlichen Geldpolitik ermöglichte es den Peripherie-Ländern zusätzlich, sich (zu) billig zu verschulden. Dabei sind Schulden nicht per se schlecht. Wenn niedrige Zinsen allerdings wie im Falle der so genannten GIPS-Staaten¹ hauptsächlich für konsumtive Ausgaben genutzt werden, wird kaum in die eigene Wettbewerbsfähigkeit investiert. Notwendige Reformen wurden gescheut und damit die Attraktivität als wirtschaftlicher Standort im internationalen Vergleich immer weiter geschwächt. Gleichzeitig lebten die Peripherieländer über ihre Verhältnisse, leisteten sich insbesondere ein ausuferndes Sozialsystem und erhöhten so den Schuldenberg immer weiter.

Eine fatale Kombination von politischen Fehlentscheidungen bildet die eigentliche Ursache des Problems. Dies bot Anlass zu allerlei Verschwörungstheorien: Sind die Regierungen der Krisenländer nicht auch Spekulanten? Haben sie nicht auch darauf gesetzt, von finanzstarken Ländern wie Deutschland freigekauft zu werden, wenn sie pleite sind? Mit den Beschlüssen zu Hilfspaketen und Rettungsschirm wird ein solches Kalkül vorerst belohnt. Kapitalanleger haben kalte Füße bekommen, weil sich herumgesprachen hat, wie unsolide manche europäische Länder wirtschaften. Sie stoßen wacklige Anleihen ab, was deren Kurse fallen und die Zinsen steigen lässt. Mittlerweile hat die Politik – zumindest in Deutschland – erkannt, dass die Finanzmarktakteure nicht die Generalschuldigen der Krise sind. Die Erkenntnis von Ursache und Wirkung scheint sich durchzusetzen: Ohne überbordende Staatsverschuldung gäbe es keine Spekulation, hinter der auch keine ‚Heuschrecken‘, sondern rationale Anleger stecken.

¹ GIPS steht für Griechenland, Irland, Portugal und Spanien. Man könnte auch von den GIIPS-Ländern sprechen und damit noch Italien einbeziehen.

Ob bei Bankenregulierung und -aufsicht oder bei der Frage ungehemmter Staatsverschuldung: Nicht nur der Markt, vor allem der Staat hat versagt! Für ihre Inkonsequenz bei der Durchsetzung der selbstaufgestellten Regeln bekommt die Politik nun die Rechnung präsentiert.

Die grundsätzlichen Probleme einer transnationalen Währungsunion werden in der Staatsschuldenkrise sichtbar: Eine einheitliche Währung ohne einheitliche Wirtschafts- und Fiskalpolitik muss zu Friktionen führen, wenn die wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Ländern zu groß sind. Ein einheitlicher Zins für die ganze Eurozone hat das strukturelle Problem, dass er für die einen zu hoch, für die anderen zu niedrig ist. Dennoch gilt es die Fakten festzuhalten. Der Euro bedeutet die Vollendung des Binnenmarkts. Neben der bedeutenden politischen Dimension sprechen aber auch die ökonomischen Fakten für den Euro: Er ist nach innen und außen stabil, er hat sich zu einer globalen Währungsreserve entwickelt. Der Wechselkurs des Euro war trotz Terrorismus und Wirtschaftskrisen im Großen und Ganzen stabil. Exogene Schocks wären mit Einzelwährungen sehr viel schwieriger zu bewältigen. Die Zinsspreads sind selbst in der Krise nicht so groß wie vor der Einführung des Euros. Der Euro an sich ist also nicht das Problem, vielmehr ist es die politische Aushöhlung des Stabilitätspakts, die den Euro gefährdet.

Vom „deutschen“ zum „französischen“ Euro

Bisher ist es nicht gelungen, das erfolgreiche Modell Deutschlands und der D-Mark zur Blaupause für den Euro zu verwenden. Schon zu Beginn des Euros waren für die Aufnahme neuer Mitglieder und die Feststellung, dass die Stabilitätskriterien² erfüllt seien, eher politische

² Maastricht-Kriterien für den Beitritt zur Währungsunion: Stabilität der öffentlichen Haushalte (Schuldenstaat nicht mehr als 60 Prozent; jährliche Nettoneuverschuldung nicht mehr als 3 Prozent des

Erwägungen als ökonomische Fakten ausschlaggebend. Griechenland wurde in die Euro-Zone aufgenommen, obwohl die Glaubwürdigkeit der vorhandenen Daten infrage gestellt wurde. Belgien als Gründungsmitglied hat die Stabilitätskriterien von Anfang an nie erfüllt. Es aber als Gründungsmitglied der EWG beim Euro außen vor zu lassen, war politisch undenkbar. Deutschland und Frankreich lehnten den Blauen Brief der Kommission ab. Die Mitgliedstaaten, die Europäische Kommission und die Europäische Zentralbank (EZB) verhielten sich in der Vergangenheit zu oft wie die drei Affen nach dem Motto „Nichts sehen, nichts hören, nichts sagen“.

Die Instrumente sind da, werden jedoch nicht angewandt. Bisher richten im Rat sozusagen Sünder über Sünder, Entscheidungen über Sanktionen werden mit qualifizierter Mehrheit getroffen. Das Ergebnis: Bei 22 Verfahrenseröffnungen kam es kein einziges Mal zur Verhängung von Sanktionen. Nun soll der Stabilitätspakt verschärft werden. Das deutsche Papier aus dem Bundesfinanzministerium hatte dabei großen Einfluss auf die Beratungen der van Rompuy-Task Force zur wirtschaftspolitischen Steuerung. Leider hat Bundeskanzlerin Merkel die darin enthaltene Forderung nach automatischen Sanktionen in Deauville aufgegeben. Es bleibt zu hoffen, dass das Europäische Parlament dies in den gerade in Brüssel laufenden Trilog-Verhandlungen noch einmal wenden kann. Bei den Verhandlungen in Brüssel zu den sechs Gesetzgebungsvorschlägen zur wirtschaftspolitischen Steuerung, dem sogenannten *Six Pack*, geht es darum, möglichst harte Regeln zu schaffen, um letztlich einen harten Euro zu garantieren. Die weitgehende Entpolitisierung bei der Auslösung von Defizitverfahren und Sanktionen ist hierbei von zentraler Bedeutung. Diese Verhandlungen werden

meiner Ansicht nach in ihrer Wichtigkeit deutlich unterschätzt. Die öffentliche Aufmerksamkeit richtet sich v.a. auf die akut anstehenden Probleme der Zahlungsfähigkeit Griechenlands und der Verhandlungen zum Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM) bzw. der Bundestagsbeteiligung dabei. Um aber zukünftig zu verhindern, dass der ESM und damit deutsche Garantien genutzt werden, muss der Stabilitätspakt jetzt effektiv verschärft und die makroökonomische Koordinierung gestärkt werden. Die bestehende wirtschaftspolitische Überwachung war bisher nicht ausreichend, um strukturpolitisch bedingte Ungleichgewichte und Wettbewerbsschwächen der Euroländer zu erkennen und anzugehen. Der Wettbewerb als Sanktionsmechanismus der Kapitalmärkte darf dabei nicht durch staatliche Haftungsübernahmen ausgehebelt werden. Die Zinssätze müssen weiter divergieren, damit die Staaten in ihrer Haushaltsführung diszipliniert werden. Bei allen notwendigen wirtschaftspolitischen Koordinierungsmaßnahmen darf man sich doch nicht allein auf den politischen peer pressure verlassen, das zeigt die Erfahrung des Stabilitätspakts.

Neben der schärferen Überwachung der Haushaltsdisziplin muss es jetzt auch darum gehen, die EZB wieder auf ihre Kernaufgabe, die Geldwertstabilität, zu begrenzen. Aktuell kauft die EZB Staatsanleihen von Schuldenstaaten auf – eine Praxis, die in der Krisensituation richtig war, jetzt aber rückgängig gemacht werden muss, damit wir möglichst bald zur geldpolitischen Normalität zurückkehren können. Gut, dass auch der neue Bundesbankpräsident Jens Weidmann davor warnt, weitere Möglichkeiten für den Ankauf von Staatsanleihen durch die EZB zu schaffen.³

BIP); Preisstabilität (Inflationsrate nicht mehr als 1,5 Prozent über derjenigen der drei preisstabilsten Mitgliedstaaten; Wechselkursstabilität und langfristige Zinsstabilität.

³ Süddeutsche Zeitung, 24.05.2011, „Weidmann widerspricht Sinn“

Wie reagieren auf die Krise?

Im Falle der Überschuldung von Eurostaaten gibt es grundsätzlich drei Möglichkeiten. Erstens: Man kann Staaten insolvent gehen lassen. Diese Option gefällt in der Theorie vor allem uns Liberalen, da hier der Zusammenhang zwischen Risiko und Haftung am deutlichsten hergestellt wird. Allerdings bedeutet eine unregelmäßige staatliche Insolvenz auch unvorhersehbare Folgen – weswegen diese Option im Mai 2010 für den Fall Griechenland nicht in Frage kam. Mittelfristig ergibt sich die Notwendigkeit eines staatlichen Insolvenzverfahrens – ein Punkt, der von der FDP seit geraumer Zeit gefordert, jedoch noch nicht genügend angegangen worden ist. Kurzfristig hilft aber auch die Aussicht auf ein eventuelles zukünftiges Insolvenzverfahren nicht, wenn ein Staat sich nicht mehr finanzieren kann. Die zweite Option in einer solchen Situation besteht darin, gemeinsam Geld zu beschaffen. Dazu kamen vor allem von den Sozialdemokraten Vorschläge zu gemeinsamen Anleihen (Eurobonds) oder gar einem Europäischen Währungsfonds. Abgesehen von den entstehenden Kosten für Deutschland (man rechnet mit einer Zusatzbelastung von mehreren Milliarden Euro pro Jahr für den Bundeshaushalt durch höhere Zinsen), perpetuiert ein solches Vorgehen disziplinlose Verschuldung und löst nicht das Grundproblem des zu billigen Geldes für die Peripherie.

Entschieden hat man sich letztlich für einen Mittelweg: gemeinsame Hilfen für die Schuldenstaaten, aber unter strikten Konditionen. Im Gegenzug für europäische und internationale Kredite und Garantien haben Griechenland, Irland und Portugal deutliche Einschränkungen ihrer Souveränität hingenommen. Im Fall Portugals ist der Koalitionsvertrag für die Zeit nach den Neuwahlen am 5. Juni 2011 praktisch durch das Anpassungsprogramm bereits in wichtigen Teilen vorgegeben. Die strengen Bedingungen und Durchsetzung durch den IWF und

die EU sind sicherlich ein bedeutender Transfer von nationaler Souveränität. In der deutschen Debatte fehlt es meines Erachtens oft an Empathie und Verständnis für die Leistungen der Bürger in Griechenland, Irland und Portugal. Daher muss jedem klar sein, dass mit den sehr harten Bedingungen das absolute Maximum im Interesse der deutschen Steuerzahler und aller anderen Gläubiger dafür getan wird, dass Kredite und Bürgschaften auch wirklich bedient werden. Es gibt eben keinen Blankoscheck, sondern streng konditionierte Hilfen. Die Einbindung des IWF in die europäischen Hilfspakete war anfangs noch strittig. Heute können wir froh sein, durch den IWF eine stückweise Entpolitisierung bei Entscheidungen in der Geldpolitik erreicht zu haben. Außerdem erhöht das Engagement des IWF den Druck zur Haushaltskonsolidierung auf die Schuldenländer und bindet vor allem auch weitere global player wie die USA und China in die Lösung der europäischen Schuldenkrise ein.

Lernen aus der Krise

Es wird jedoch für Deutschland zunehmend schwierig, seine Euro-Konzeption auf europäischer Ebene durchzusetzen. Die Mehrzahl der anderen EU-Mitgliedstaaten hat wenig Verständnis für die deutsche Haltung – und populistische Äußerungen zur Renten- und Urlaubssituation in den Schuldenstaaten sind dabei kaum hilfreich. Es muss jetzt viel eher die Aufgabe deutscher Politik sein, den deutschen Wählern wie auch den europäischen Partnern die eigene Haltung zu erklären und dabei deutlich zu machen, dass diese eben nicht nur den deutschen Steuerzahler im Blick hat, sondern gerade das Fortbestehen der europäischen Währungsunion sichern will. Sowohl auf europäischer Ebene, wie auch innenpolitisch, besteht noch einiger

Verbesserungsbedarf bei der Informationspolitik der Bundesregierung.⁴

Für mich besteht die Antwort auf die Frage nach der Beteiligung an den Kosten der Staatsschuldenkrise in einem klaren Stufensystem. In erster Linie muss ein Land für seine Schulden selbst aufkommen. Dieses Prinzip der Eigenverantwortung, das mithin gerade durch deutsches Drängen als Geist der Währungsunion zugrundeliegt, darf nicht aufgegeben werden. Dies verlangt zwar nach überaus harten, nicht aber nach unmöglichen Maßnahmen, die zwar einen massiven innenpolitischen Druck erzeugen, langfristig aber für die sowohl finanzielle als auch strukturelle Gesundheit des betreffenden Landes unabdingbar sind. Zweitens können aber auch die Finanzmärkte zukünftig nicht mehr bei der Bewältigung von Krisen außen vor gelassen werden. Ich weise darauf hin, dass die Liberalen in der Krise einen differenzierten Umgang mit den Märkten an den Tag gelegt haben. Es ist kein Widerspruch, die Gründe der Krise nicht bei den Anleihezeichnern, sondern zu allererst bei den Anleihegebern zu sehen, gleichzeitig aber für den Fall der Krise von den Anleihezeichnern zu verlangen, das in Kauf genommene Risiko der Zahlungsunfähigkeit des Anleihegebers auch nun zu tragen. Der gordische Knoten der „too big to fail“-Problematik, die sich von der Bankenkrise auf die Staatsschuldenkrise übertragen hat, kann nur dann zer schlagen werden kann, wenn man einen kohärenten Ansatz verfolgt. Über eine Verschärfung des Stabilitätspakts werden die Staaten zu Recht strenger in die Verantwortung genommen, aber gleichzeitig muss auch mit einer Neuordnung der Finanzmärkte das Ziel der Verringerung eines systemischen Risikos verfolgt werden, damit der aus dem Lot geratene Risiko-Rendite-Mechanismus wieder gestärkt wird. Viel wurde bereits erreicht, es gibt aber noch Schwachstellen, die es

anzugehen gilt. Dazu gehört beispielsweise die Eigenkapitaldeckungspflicht für Staatsanleihen der Euro-Mitglieder – es existiert nämlich keine. Eine absurde Situation: Während eine gewisse Eigenkapitaldeckungspflicht für Anleihen von Nicht-Euro-Mitgliedern besteht, gibt es ausgerechnet explizite Ausnahmen für Anleihen, die von Mitgliedern der Eurozone ausgegeben werden. Banken können damit Anleihen von Euro-Mitgliedern aufkaufen, die bereits finanziell am Boden liegen – eine adäquate Risikoanalyse findet nicht statt. Denn letztlich sind es nicht die Banken, die sich an den Insolvenzkosten beteiligen müssen, sondern die Steuerzahler.

Hinzu kommt, dass der Staat, der eigentlich das Vermögen der Steuerzahler schützen soll, zu diesem Kasinospiel in der Vergangenheit oft noch ermuntert hat. Banken werden nach eigener Aussage häufig aus politischen Opportunitätsgründen stark ermutigt bzw. massiv dazu aufgefordert, Staatsanleihen zu kaufen. Ideal wäre es, die Eigenkapitalquote bei Staatspapieren abhängig von der Staatsschuldenquote des betreffenden Landes zu machen. Natürlich würde es dadurch verschuldeten Ländern sehr viel schwerer fallen, Anleihen erfolgreich zu platzieren – auf der anderen Seite aber würde es im Falle ihrer Insolvenz nicht mehr zu einem Schneeballeffekt auf die Eurozone als solches kommen. Und letztlich erscheint dies als das übergeordnete Ziel.

Auch die Einführung einer staatlichen Insolvenzordnung wird ohne Eigenkapitalanforderungen für Euro-Staatsanleihen kaum umzusetzen sein. Und diese ist dringend nötig: Erst wenn die staatliche Insolvenz eines kleineren oder mittleren Staates nicht mehr zu einem finanzpolitischen Tsunami führt, können die Staaten des Euroraumes auch wieder für die Märkte glaubwürdig ankündigen, eine No-Bailout-Klausel einhalten zu wollen. Deswegen darf das Thema der staat-

⁴ So wurde den Parlamentariern z.B. der Entwurf des ESM-Vertrags erst auf hohem Druck aus Koalition und Opposition hin zugänglich gemacht.

lichen Insolvenz nicht wieder in der Schublade verschwinden.

Die aktuell in Brüssel zwischen den Mitgliedstaaten laufenden Verhandlungen zum ESM ab 2013 lassen jedoch v.a. in Bezug auf die Beteiligung privater Gläubiger nichts Gutes ahnen. Nach aktuellem Verhandlungsstand würde der ESM-Vertrag sogar hinter die Erklärung der Eurogruppe vom 28. November 2010 zurückgehen: Das Ergebnis einer Schuldentragfähigkeitsanalyse würde nicht mehr darüber entscheiden, ob ein Staat mit seinen Gläubigern eine Schuldenrestrukturierung aushandeln müsste. Prognoseentscheidungen über die mögliche langfristige Schuldentragfähigkeit würden politisch gefällt. Die Konsequenz ist absehbar: Wenn letztlich aus politischen Gründen immer wieder im Einzelfall eine Beteiligung der privaten Gläubiger abgelehnt wird und stattdessen direkt die Rechnung an die Adresse der Mitgliedstaaten mit Deutschland als größtem Geldgeber geht, werden sich die Bürger mehr und mehr enttäuscht von Europa, aber auch von der nationalen politischen Klasse abwenden. Es ist daher entscheidend für die Zustimmung zum ESM-Vertrag im Bundestag, dass der Aspekt der privaten Gläubigerbeteiligung in den laufenden Verhandlungen noch gestärkt wird.

Reichen die Eigenanstrengungen eines Schuldenstaats und die Beteiligung privater Anleger nicht zur Bewältigung einer Schuldenkrise aus, braucht Europa in der dritten Stufe Kredithilfen für die starken, aber illiquiden Staaten und im Notfall eine kontrollierte Entschuldung für die insolventen und damit finanzschwachen Staaten. Die Inanspruchnahme von finanziellen Hilfen darf damit nur der allerletzte Ausweg, die ultima ratio sein, wie es auch im ESM-Vertragsentwurf vorgesehen ist. Entscheidend für die Stabilisierung des Euro ist die Frage, ob der ESM so ausgestaltet sein wird, dass Krisen effektiv bewältigt werden können ohne gleichzeitig die EU in eine

Haftungsgemeinschaft zu transformieren, d.h. einzelne Länder für die Schulden anderer in letzter Instanz haften zu lassen. Ich spreche hier bewusst von einer Haftungsgemeinschaft und nicht von einer Transferunion. Aus meiner Sicht ist es wichtig, diese beiden Begriffe voneinander abzugrenzen. Eine Transferunion ist die EU bereits beispielsweise im Rahmen der Struktur- und Kohäsionsfonds und die – gerade für Liberale – unangenehme Erkenntnis lautet, dass es solche Transfers innerhalb der EU auch geben muss, um die wirtschaftlichen Unterschiede anzugleichen. Die entscheidende Frage ist, wie wir eine effektive wirtschaftliche Koordinierung erreichen können, um diese Transfers in Zukunft auf ein Mindestmaß zu begrenzen.

Ausblick

Nicht nur die Länder der Peripherie, auch Deutschland muss alles tun, um seine Staatsverschuldung zu bekämpfen. Denn bei einer neuen Krise wären sowohl der Euro als auch der derzeitige wirtschaftliche Aufschwung gefährdet. Die deutsche Politik muss daher wieder ihre europäische Führungsrolle wahrnehmen und darf sich nicht länger durch Krisenherde in ad hoc-Entscheidungen treiben lassen. Dies ist sie sich selbst, der europäischen Idee, vor allem aber auch den europäischen Bürgerinnen und Bürgern schuldig.

Eine Möglichkeit, eine Initiative mit europäischem Mehrwert proaktiv zu unterstützen, bietet sich z.B. mit den von der EU-Kommission angedachten EU-Projektanleihen. Dabei würden Anleihen, die von Projektgesellschaften für europäische Infrastrukturprojekte herausgegeben werden, zum Teil durch die Europäische Investitionsbank (EIB) bzw. über den EU-Haushalt abgesichert. Nach dem Wegfall der Anleiheversicherer in der Finanzkrise wäre es institutionellen Anlegern so möglich, wieder in Infrastrukturprojekte zu investieren. In Zeiten knapper öffentlicher Haushalte und restriktiver Kreditvergabe durch Banken böte

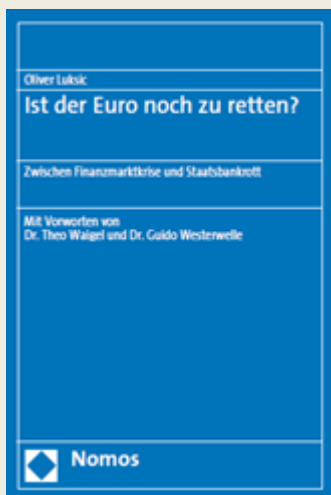
sich so die Möglichkeit, die für das Wachstum notwendigen Projekte mit europäischem Mehrwert – und einer erheblichen Hebelwirkung – zu realisieren. Deutschland sollte sich in den nun anstehenden Verhandlungen für den nächsten Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) ab 2014 dafür einsetzen, Mittel für diese Absicherungen in den EU-Haushalt einzuplanen. So könnte auch die leidige Diskussion um Eurobonds endlich beendet werden.

Deutschland ist wie alle anderen Euro-Mitglieder solidarisch mit seinen europäischen Freunden und Partnern. Die Politik – und vor allem die Bundesregierung – muss den Bürgern die Gründe für all die schwierigen, aber notwendigen Kompromisse besser erklären. Wer suggeriert, nichts müsse sich ändern, und rote Linien einzieht, die nicht zu halten sind, weckt Erwartungen, die zwangsläufig

enttäuscht werden. Eine Haftungsgemeinschaft zu verhindern, ist mittel- und langfristig im besten europäischen Interesse. Eine Transferunion ist nicht nur unvermeidlich, sondern schon bereits Realität. Europäische Solidarität ist unabdingbar und in unserem ureigenen Interesse. Notwendig ist, dass die richtigen Regeln endlich angewendet werden, denn Geld alleine löst die Probleme in Europa nicht. Es gibt auch eine Solidarität, ja eine Verpflichtung gegenüber den eigenen Bürgerinnen und Bürgern, die zu Recht darauf vertrauen, dass die geltende Währung als wichtiger Pfeiler des Wohlstands stabil bleibt. Diesen an die Politik gegebenen Auftrag gilt es weiterhin zu verfolgen, damit in Zukunft übereiltes ad-hoc-Handeln mit unüberschaubaren Folgen nicht mehr alternativlos bleibt – im Leben und der Politik gibt es immer Alternativen.

Oliver Luksic MdB ist Berichterstatter der FDP-Bundestagsfraktion für die Wirtschafts- und Währungsunion im Ausschuss für Angelegenheiten der EU. Er vertritt die FDP im Vorstand des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

Sein Buch „Zwischen Staatsbankrott und Finanzmarktkrise – Ist der Euro noch zu retten?“ ist im April 2011 im Nomos-Verlag erschienen.



Aus dem **Grußwort** von Bundesminister Dr. Guido Westerwelle:
„Wir müssen den Wohlstand für unsere Bürgerinnen und Bürger langfristig sichern. Das kann nur durch Wachstum und Arbeitsplätze in allen Teilen Europas gelingen. Die Mitglieder der Euro-Zone sind im Besonderen gefordert, ihre Wirtschafts- und Haushaltspolitik enger zu koordinieren und Taktgeber für die gesamte Union zu sein. (...) Ein einfaches „weiter so“ kann es nach den krisenhaften Zuspitzungen der letzten Monate nicht geben. Das veranschaulicht Oliver Luksic mit diesem Buch eindrucksvoll.“

Die Zukunft Europas ist erst dann gewonnen, wenn auch diejenigen, die den Krieg auf unserem Kontinent nicht persönlich miterleben mussten, mit kühlem Verstand und heißem Herzen für Europa kämpfen. Oliver Luksic, der bereits in jungen Jahren politisch Verantwortung übernommen hat, stellt in seinen differenzierten Ausführungen wichtige Fragen, trifft intelligente Beobachtungen und zeigt innovative Lösungswege auf. Er leistet damit nicht nur einen

wichtigen Beitrag zur Debatte über den Euro, sondern auch über die zukünftige Rolle Deutschlands in Europa. (...)“

Kontakt: oliver.luksic@bundestag.de

Beim Zitieren dieses Artikels verweisen Sie bitte auf:

http://www.europaeische-bewegung.de/fileadmin/files_ebd/eu-in-brief/EBD_PUB_EU-in-BRIEF_4_2011_Ist_der_Euro_noch_zu_rennen.pdf



Impressum

EU-in-BRIEF Analysen – Positionen – Vorausschau ist ein kostenloses Informationsangebot im PDF-Format des Netzwerks Europäische Bewegung Deutschland.

Zitier-Hinweise: Bisher wurden keine verbindlichen Regeln zur Zitierweise digitaler Publikationen geschaffen. Daher bitten wir, folgende Angaben zu übernehmen, wenn Sie einen unserer Texte zitieren möchten: Autoren des Textes, Titel des Textes, Internetadresse wie angegeben. Für Rückfragen stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung.

© Europäische Bewegung Deutschland e.V.

Sophienstr. 28/29
D-10178 Berlin

Telefon: +49 30 3036201-10
Fax: +49 30 3036201-19

netzwerk@europaeische-bewegung.de

Herausgeber: Bernd Hüttemann (V.i.S.d.P.)

Mehr Wissen!

Auf der Website des Netzwerks EBD erfahren Sie alles Wesentliche über unsere Organisation und können kostenfrei auf eine Vielzahl von Informationen zu Europa zugreifen: <http://www.europaeische-bewegung.de/>

Das Netzwerk EBD ist institutioneller Partner des Auswärtigen Amtes.